

Essay über den Individualismus und Freiheitsbegriff im ungarischen Denken

Der Freiheitsdrang der Ungarn

In den europäischen Debatten wird viel zu häufig übersehen, dass Ungarn mit seiner manchmal eigenwilligen und für viele westeuropäische Beobachter gewöhnungsbedürftigen Politik gerade nicht für Unfreiheit und Unterdrückung, sondern für Freiheit und Freiheitswillen steht.

■ VON BENCE BAUER

Die Hintergründe für den besonderen ungarischen Freiheitsbegriff und den ausgeprägten Hang zum Individualismus lassen sich ohne ideengeschichtliche, politische und kulturhistorische Kenntnisse des Landes sowie der Mentalität, der eingespielten Muster und Verhaltensweisen seiner Bewohner kaum verstehen.

Das Fremdbild von Ungarn

In der breiten medialen Öffentlichkeit in Deutschland wird Ungarn als eine defekte Demokratie, als halbautoritärer Staat mit eingeschränkten Grundrechten dargestellt und von einem immer größeren Teil der deutschen Bevölkerung auch so wahrgenommen. Als Beleg wird die Reformpolitik der letzten drei Legislaturperioden seit Amtsantritt von Ministerpräsident Viktor Orbán angeführt, die Freiheiten angeblich einschränke und von den Ungarn – so das Narrativ westlicher Medien – stoisch und gleichgültig hingenommen wird. Dies ist schon deshalb besonders irreführend, da die Ungarn ganz im Gegenteil große Anhänger der Freiheit und treue Kämpfer gegen jede Art von tatsächlicher oder vermeintlicher Unterdrückung sind.

Die Politik kann daher nur sehr behutsam Reformen durchsetzen, da die Bevölkerung jede mögliche Einschränkung der von ihr wahrgenommenen Freiheiten kritisch beäugt. Das in vielen deutschen Medien vermittelte Bild verkennt jedoch diese Tatsachen und erzeugt mit fehlendem Wissen und

falschen Unterstellungen nach und nach eine schlechte Reputation von Ungarn, die ausländische Beobachter dazu verleitet, immer skeptischer und abweisender, ja feindseliger dem Land gegenüber zu werden. Diese mediale Wahrnehmung und teils auch Irreführung wurde bereits in vielen Monographien nachgezeichnet und beurteilt. In der Tat erzeugt die negative Wahrnehmung von Ungarn gerade in der deutschen Öffentlichkeit viele Friktionen und Nachwirkungen, die bis zum heutigen Tage nicht hinreichend aufgearbeitet wurden.

Das Land der 10 Millionen Freiheitskämpfer

Ein bekannter Staatsmann pflegte einst zu sagen, es sei schwer, Ungarn zu regieren, denn das Land habe zehn Millionen Freiheitskämpfer. An dieser Aussage ist kaum zu rütteln, sie beschreibt ein Grundverständnis der Ungarn, das tief in ihrer Volksseele und im nationalen Bewusstsein verankert ist. Der ständige Kampf, das permanente Rebellieren und das nicht enden wollende Hinterfragen gerade von Entscheidungen der Obrigkeit und des Staates reichen weit zurück in die wechselvolle Geschichte des Landes und fanden ihre Ausprägungen während diverser Fremdherrschaften. Perfektioniert wurde diese Attitüde in den Jahrzehnten des Kommunismus und in den darauffolgenden Wirren und unstillen Neunzigerjahren.

Seine Höhepunkte fand der ungarische Freiheitsdrang in der Geschichte immer wieder in Revolten, Aufständen und Revolutionen gegen Osmanen, Habsburger

und Sowjets. Während es in Zeiten der Fremdherrschaft und Besatzung immer wieder galt, sich gegen die von außen kommenden Einflüsse zu stemmen, gipfelte diese Herangehensweise im Kommunismus in der Schaffung der zweiten Öffentlichkeit, eines klug austarierten Systems der Wechselwirkung zwischen öffentlichen und privaten Meinungsäußerungen sowie offiziellen und inoffiziellen Verfahrensweisen.

Es galt als besonders clever und feinsinnig, dem autoritären Staat etwa dadurch passiv Widerstand zu leisten, dass man sich nicht an bestimmte Regeln hielt und mit Chuzpe, List und Geschick den Machthabern kleine und große Schnippchen schlug. Diese Einstellung lebt auch heute noch fort, weshalb es keinesfalls absonderlich ist, sich seine eigenen persönlichen Freiheiten selbst zu definieren und auszuleben – oft ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl.

Freiheitskampf auch in der Politik

Auf der Ebene der Politik sind diese Prägungen, Erfahrungen und daraus resultierenden Mentalitäten nicht immer leicht zu erkennen. Oftmals werden Entscheidungen aus Brüssel oder anderswo durch die Brille der eigenen nationalen Souveränität betrachtet und bewertet. Nach den Irrungen und Wirrungen der ungarischen Geschichte erlangte das Land mit der demokratischen Wende seine volle Souveränität. Als Wiederherstellung dieses wichtigen Merkmals eigener Staatlichkeit gilt der 2. Mai 1990, der Tag der konstituierenden Sitzung der ersten nach



Foto: MTI / Zoltán Balogh

Flaggenaufzug zum Jahrestag der Revolution von 1956:
Seine Höhepunkte fand der ungarische Freiheitsdrang in der Geschichte immer wieder in Revolten, Aufständen und Revolutionen gegen Osmanen, Habsburger und Sowjets.

der Wende frei gewählten Ungarischen Nationalversammlung.

Dass man nach langer Zeit diverser Abhängigkeitsverhältnisse als freier und souveräner Staat nunmehr für sich selbst zuständig ist und frei und selbstbestimmt entscheiden kann, bildet eine Grunderkenntnis, die viele in Westeuropa nicht mehr teilen. Für die Ungarn sind dies die schönsten, da freiesten Jahre, gelang es ihnen doch nunmehr, zu sich selbst zu finden. Die ungarische Politik muss sich an der eigenen Bevölkerung ausrichten und dieser Ideen, Orientierung und Entscheidungen angedeihen lassen, die dem Wohl des Landes zugutekommen.

Anhand dieser Denkweise sind viele Aspekte der Kommunikation und der Politik der ungarischen Regierung zu erklären. Nur von diesem Standpunkt her ist zu verstehen, worauf die politische Führung des Landes hinauswill und welchen Herausforderungen sie sich gerade auch im feinfühligem Umgang mit der eigenen Bevölkerung zu stellen hat. Dies findet seine Entsprechung im Freiheitswillen der ungarischen Politik auch

im Umgang mit internationalen Akteuren, so auch den Verantwortlichen der Europäischen Union.

Individualismus und Freiheitsverständnis

Die Ungarn gelten als große Individualisten und Freiheitskämpfer. Neben den geschichtlichen und politischen Aspekten sind diese Befindlichkeiten und Einstellungen auch im tagtäglichen Leben der Menschen auszumachen. Die Postdiktaturgesellschaft erlebte in den Neunzigerjahren einen in Deutschland kaum erklär- oder begreifbaren Boom an individuellen Freiheitsrechten, der darin gipfelte, staatlichen Maßnahmen immer skeptisch zu begegnen, diese fast rundweg abzulehnen und sie nur dann zu befolgen, wenn man selbst den Nutzen eingesehen hatte.

Diese Mentalität lebt auch heute noch fort, weshalb es für staatliche Vertreter bis hin zur höchsten Führung des Landes so mühselig ist, das Land zu regieren. Seit 2010 gibt es indes eine geistig-moralische Wende,

die zumindest in einigen Teilbereichen der Gesellschaft einen fairen Ausgleich zwischen Individualinteressen und Gemeinwohl herzustellen bestrebt ist. Für die freiheitsverliebten Ungarn sind die oftmals notwendigen und nützlichen Maßnahmen ein erstes Zeichen einer Einengung ihrer Freiheit.

Denn das, was in Europa als Regierungshandeln gilt, wird in Ungarn zunächst einmal als Einschränkung wahrgenommen. Sie machen dann ihrem Unbehagen und ihrem Ärger lautstark Luft – für nichtsahnende Beobachter aus dem Ausland kann es sich bei den kritisierten Maßnahmen in ihren Augen wohl nur um Schritte Richtung Freiheitsentzug und Diktatur handeln, sonst würden die Leute ja nicht so massiv aufbegehren.

Freiheitskämpfe im Alltagsleben – warum Regieren mühsam ist

Beitragszahlungen

In Ungarn kann jeder, der keiner sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit

nachgeht, für etwa 20 Euro im Monat an der staatlichen Krankenkasse teilhaben. Von dieser Möglichkeit haben in den letzten Jahren mehrere Zehntausend Menschen Gebrauch gemacht und ein Großteil von ihnen entrichtete dennoch jahrzehntelang kein Entgelt. Außer mit einem Gebührenbescheid, dem keine weiteren Mahnungen oder gar Sanktionen folgten, wurde der Betroffene auch nicht weiter belangt.

Die Betroffenen fanden es auch besser, einfach nichts zu zahlen. Finanzämter und staatliche Gesundheitsträger sahen es auch nicht als ihre Aufgabe an, einigen Zehntausenden hinterherzurennen, da die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ja sowieso einzahlten und die anderen mitfinanzierten. Also konnten einige wenige auf Kosten der Solidargemeinschaft Leistungen beziehen, für die sie nicht berechtigt waren.

Dieser Zustand hielt jahrelang an und störte wohl die wenigsten. Die ungarische Regierung schickte sich aber an, hier eine Bereinigung durchzuführen. Wer eine Leistung nutzt, solle auch dafür aufkommen. Dies gelte aber nur für die Zukunft, das heißt jahrelang angehäuften Schulden waren null und nichtig und wurden (selbstverständlich) nicht eingetrieben. Nur in Zukunft sollte gelten: Wer bestellt, der bezahlt auch.

Was folgte, war ein Sturm der öffentlichen Empörung und Entrüstung. Die Regierung gefährde Leib und Leben der Menschen, so noch die harmloseren Vorwürfe. Ein zur Opposition gehörender Bezirksbürgermeister kündigte sogar an, den in seinem Stadtbezirk Wohnenden aus der kommunalen Kasse bis zu vier Monatsbeiträge pro Jahr zu bezahlen. Aus den ursprünglich geplanten drei Monaten Karenzzeit bis zur Sperre des Krankenversicherungsstatus bei Nichtbezahlen wurden aufgrund des öffentlichen Drucks dann sechs Monate.

Die neue Regelung wurde Mitte 2020 eingeführt. Doch nach den großen Entrüstungen und lautstarken Protesten passierte etwas, mit dem keiner gerechnet hatte, nämlich: nichts. Die Leute zahlten von nun an die Abgabe und fanden sich damit ab, dass es nichts umsonst gibt. Was umso mehr die Erkenntnis reifen lässt, dass die Reform schon viel früher und eher hätte implementiert werden müssen. Wohl aus Angst vor dem Wähler oder Nachlässigkeit wagte sich aber lange Zeit keine Regierung an diese Frage.

Derartige Gemengelagen gibt es aber noch viele weitere, etwa die kostenfreie Nutzung des ÖPNV und Fernverkehrs für Senioren ab 65 Jahren – diese Regelung gilt übrigens aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes für alle Bürger der Europäischen Union.

Anders verhielt es sich hingegen bei der 2014 eingeführten sogenannten Internetsteuer. Diese sollte Datenvolumina mit einem sehr niedrigen Steuersatz belegen, um etwa über das Internet geführte Telefonate im Sinne der Steuergerechtigkeit ähnlich hoch zu besteuern wie die SMS-Kommunikation. Nach großen Protesten und Kundgebungen vieler, vor allem junger Menschen – etwa 100.000 Personen gingen im Oktober 2014 auf die Straße – wurde die Steuer schließlich wieder abgeschafft. Seitdem wird die Internetnutzung sogar mit einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belegt.

Ebenso verhielt es sich mit der im Jahr darauf eingeführten Sonntagsruhe. Auch hier entlud sich ein großer gesellschaftlicher Unmut, der dazu führte, dass die Regelung nach nur einem Jahr wieder gestrichen wurde. So können die Ungarn also am Sonntag unbegrenzt einkaufen, in die Waschstraße fahren oder sonstige Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Gesetzliche Ladenschlusszeiten oder ähnliches gibt es nicht. Ebenso ist es in Ungarn völlig unvorstellbar, dass es etwa gesetzliche Einschränkungen für Freizeitaktivitäten geben könnte, etwa das in Deutschland bekannte Tanzverbot oder das noch lange Zeit geltende Residenzverbot bei Spielhallen und Casinos.

Meldewesen

Schätzungen nach leben hunderttausende Ungarn an einer anderen Wohnadresse als offiziell gemeldet. Als Grund für die Diskrepanz wird meist Nachlässigkeit oder Desinteresse genannt, aber auch die Zeitnot für den Behördengang, der Schutz der Privatsphäre oder auch die verblüffende Mitteilung, der Wohnungsvermieter würde schwarz vermieten und eine Wohnsitzanmeldung zwecks Vertuschung der Steuerpflicht nicht genehmigen.

Diese Gründe würde man in Deutschland einfach nicht nachvollziehen können – zu Recht. Aber in Ungarn ist es Gemeingut, dass die Menschen sich gar nicht die Mühe machen, sich ordentlich umzumelden, sondern jahr-

zehntelang dort gemeldet bleiben, wo sie hineingeboren wurden. Immer wieder gibt es öffentliche Empörung, wenn einige Kommunen den Erwerb eines Einwohnerparkausweises, mit dem für sage und schreibe 2,50 Euro jährlich in Parkzonen dauerhaft geparkt werden darf (in denen der Stundenpreis ansonsten etwa 1,00 Euro beträgt), an eine Wohnadresse im Bezirk koppeln wollen. Für viele schlicht ein Affront!

Wählen an jedem beliebigen Ort möglich

Diese Begebenheit rund um die Anmeldefaulheit vieler Ungarn führt zur skurrilen Situation, dass bei Parlamentswahlen eine rege Reisetätigkeit einsetzt. Leute fahren kreuz und quer durch das Land, um ihre Stimme abzugeben. Sie können natürlich auch an jedem anderen Ort für ihren Heimatwahlkreiskandidaten abstimmen, hiervon machen aber vergleichsweise wenige Gebrauch (eine Briefwahl für Inlandswähler gibt es nicht).

Noch bemerkenswerter ist, dass im Ausland lebende Ungarn oftmals ihren ungarischen Wohnsitz gar nicht aufgeben, was mit praktischen Gründen zusammenhängt. Sie gelten dann aber auch nicht als Auslandsungarn, können also keine Briefwahl machen und müssen persönlich zum Konsulat fahren. Diese Möglichkeit der Stimmabgabe ist eigentlich nur für Personen mit kurzfristigem Aufenthalt vorgesehen, also etwa für Urlauber, Geschäftsreisende oder Erasmus-Studenten.

Dennoch hört man alle vier Jahre, wie ungerecht dieses System sei, würden ja diese Wähler persönlich anreisen müssen und dadurch benachteiligt. Oppositionspolitiker argumentieren allen Ernstes, dass sich das „Regime von Ministerpräsident Viktor Orbán“ ganz bewusst an den vor der Diktatur Geflohenen (sic!) rächen wolle. Dass dieses Wahlverfahren schon immer so funktionierte, wird verschwiegen. Ebenso wird verschwiegen, dass sich die Betroffenen ja nur ordnungsgemäß in Ungarn abmelden müssten, und schon wäre die Sache mit der Wahl für sie viel einfacher.

Aus den erwähnten Gründen ist es in Ungarn möglich, in jedem beliebigen Wahlkreis wählen zu können, allerdings selbstredend für den Kandidaten des Heimatwahlkreises. Dafür muss sich der Wähler jedoch spätestens neun Tage vor der Wahl beim Wahlamt

anmelden, was auch online möglich ist. Er kann vorher seinen Antrag bis zum Stichtag beliebig oft ändern, kostenfrei und ohne Angabe von Gründen. Ebenso verhält es sich bei der Anmeldung für die Stimmabgabe an einer ungarischen Auslandsvertretung. Dass die Verschickung von Wahlunterlagen landauf, landab mit einem immensen materiellen und organisatorischen Aufwand verbunden ist, wird als ganz selbstverständlich hingenommen.

Etwaige Überlegungen, diesem System Einhalt zu gebieten und zumindest einige Elemente restriktiver zu handhaben, würden wohl im Keime erstickt werden. Das ungarische Wesen hat ein seismographisches Gespür für tatsächliche oder vermeintliche Gefah-

ren für die individuelle Freiheit. Eine Festlegung, tatsächlich im eigenen Wahlkreis wählen zu müssen, frühere Fristen wahrzunehmen oder mit dieser kostbaren Ressource der Wahl- und Handlungsfreiheit an jedem Ort zu jeder Zeit pfleglicher umzugehen, wäre für die Ungarn eine ungehörige Freiheitsbeschränkung.

Termine und feste Vereinbarungen als Einengung der Freiheit

Mit der Corona-Impfkampagne kam es im Herbst 2021 nicht mehr richtig voran. Grund war nicht etwa mangelnder Impfstoff, die Schließung der Impfzentren oder schlechte Organisation,

sondern die Ermüdungserscheinungen in der Bevölkerung sowie ihr Hang, sich terminlich nicht festlegen zu wollen.

Anders als in Deutschland wurden Impfzentren nicht geschlossen, sondern empfangen die Menschen mit Terminvoranmeldung. Dabei konnte man frei auswählen, wo und wann man geimpft werden möchte und mit welchem Impfstoff. Ungarn bietet als einziges Land in der EU alle sechs handelsüblichen Impfstoffe an. Nachdem sich die wöchentlichen Impfungen bei einigen Tausend eingependelt hatten, entschied sich die Regierung, den Freiheitsdrang der Ungarn im positiven Sinne zu nutzen.

Ab November 2021 war es nämlich möglich, an drei Tagen in der Woche, auch am Wochenende, ohne Voranmel-



Stimmabgabe in einem Budapester Wahlkreis bei den jüngsten Parlamentswahlen:

Viele Eigenheiten des ungarischen Wahlsystems haben nichts mit irgendwelchen politischen Hinterlisten zu tun, sondern sind über Jahre entstandenen Phänomenen des ungarischen Alltags geschuldet.

derung und in jedem beliebigen Impfzentrum sich jedes beliebige Vakzin impfen zu lassen. An der ersten sogenannten „Impfaktionswoche“ nahmen fast 800.000 Menschen teil. Dieser rasante Anstieg ist maßgeblich dem Umstand zuzuschreiben, dass die Ungarn sich terminlich nicht gerne binden. Sich einige Tage vorher festzulegen, an welchem Ort man wann zu sein hätte, wird als Einengung der persönlichen Freiheitssphäre wahrgenommen, was es unbedingt zu vermeiden gilt.

Ebenso waren im Juni 2022 alle Bürgerämter auch am Wochenende durchgehend geöffnet. Viele Menschen schafften es schlichtweg nicht, die abgelaufenen Ausweisdokumente rechtzeitig mittels Termin zu verlängern. Grund war, dass

die Gültigkeit der in der Pandemie abgelaufenen Ausweisdokumente bis zum 30. Juni 2022 verlängert wurde.

Für viele Ungarn ist aber ein Erscheinen auf dem Amt (und übrigens auch beim Arzt) ohne Termin eine Selbstverständlichkeit und praktisch gelebte Freiheit. Zum ganzen Bild sollte erwähnt werden, dass es seit Jahren eingespielte Praxis ist, die Bürgerämter am Tag einer landesweiten Wahl oder Volksabstimmung geöffnet zu halten. Jeder Bürger, der kurz vor dem Gang zum Wahllokal feststellt, dass sein Ausweis abgelaufen ist, soll nämlich unmittelbar und natürlich kostenfrei sofort in den Besitz eines neuen Ausweisdokuments kommen.

Corona-Politik

Während Deutschland in der zweiten Corona-Welle im Herbst 2020 in einen langanhaltenden Lockdown verfiel, wurde dieser in Ungarn bis zum spätestmöglichen Zeitpunkt hinausgezögert. Noch im November 2020 konnte man unbeschränkt ins Restaurant und Theater gehen. Der nicht mehr vermeidbare Lockdown kam dann über die Winterzeit und hielt bis April/Mai 2021.

Seitdem gab es abgesehen von einer mittlerweile schon lange aufgehobenen Maskenpflicht praktisch keinerlei Einschränkungen mehr. Die Politik eines immer wieder betriebenen und drohenden Lockdowns, Schulschließungen oder tiefgreifende Einschränkungen des öffentlichen Lebens hätte es in Ungarn ab dem Frühjahr 2021 überhaupt nicht mehr geben können. Zu groß war die Ermüdung der Bevölkerung, zu stark der Drang, wieder seine eigene Freiheit leben zu können.

Die Ungarn beobachteten immer wieder mit Fassungslosigkeit, wie lange und nachhaltend etwa in Deutschland Corona-Maßnahmen verordnet wurden. Sie konnten ihr Glück gar nicht fassen, in einem Land zu leben, in dem sie ein ganz normales Leben, ohne jegliche Corona-Maßnahmen führen können.

Fazit

Die Ungarn sind größere Freiheitskämpfer als vom Ausland betrachtet

zu vermuten wäre. Sie erkennen in allen Entscheidungen und Maßnahmen des eigenen Staates und auch anderer Instanzen zunächst einmal abzuwehrende und zu vereitelnde Angriffe gegen ihre Rechte und Interessen. Auch die Vertreter der politischen Führung erkennen im Gebaren ausländischer Organe in erster Linie immer die Einschränkung der ungarischen Freiheit.

Die aus dem Kommunismus tradierten Muster und Grundannahmen leben auch heute noch weiter. Sie finden Ausdruck in einer strikten Abwehrhaltung gegen Maßnahmen von oben oder von draußen. In der Tat zeigte sich die ungarische Regierung in den letzten Jahren langsam und behutsam bestrebt, einen fairen Ausgleich zwischen Individualinteressen und dem Gemeinwohl zu bewerkstelligen, oftmals aber mit einem hohen Frustrationspotential und nicht immer von Erfolg gekrönt.

Die auch im Ausland wahrgenommenen Zwigigkeiten, gepaart mit der temperamentvollen Vehemenz der Ungarn, werden fälschlicherweise immer wieder als Beleg einer autoritären Politikgestaltung bewertet und kommentiert. Aus diesem Grunde erscheint es angebracht, die Tiefenschichten der politischen Kultur des Landes, die Mentalitätsunterschiede und die anders gelagerten historischen Erfahrungen zu würdigen und aus diesem Kontext heraus das Grundbedürfnis des Freiheitsverlangens der Menschen in Ungarn zu verstehen.

Hand in Hand mit diesem Freiheitsdrang gehen die Vorstellungen der ungarischen politischen Klasse von Staat und Nation im Sinne der Souveränität des Landes. Die Freiheit muss immer wieder verteidigt werden, so die Maxime der freiheitsbewussten und kämpferischen Ungarn.

(Der Artikel erschien in einer wesentlich kürzeren Version am 7. Juli 2022 in der deutschen Wochenzeitung „Die Tagespost“.)

Der Autor ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium Budapest



Foto: MTI / Tamás Kovács